



## Haushaltsrede 2024 im Kreistag am 07.12.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren aus dem Kreistag, wehrte Presse, liebe Besucher,

wie im letzten Jahr, kann das kleine Lämpchen IPG, den Ausführungen der Lichtgestalten der Niedersächsischen Finanzpolitik nicht mehr viel Adäquates hinzufügen.

Auf einen kurzen, prägnanten Satz zusammengefasst, grafenschaftlich knapp:

Wer mehr Geld ausgibt als er einnimmt - lebt auf Pump.

Vielleicht fiel deshalb das Wunschkonzert der Fraktionen in diesem Jahr auch sehr moderat aus. Hier schlagen die Ergänzungen der Politik mit nicht einmal 100.000Euro zu Buche.

Aber der diesjährige Pump wirkt sich dahingehend aus, dass der Landkreis ca. 9,2 Mio Euro an neuen Krediten aufnehmen muss obwohl die Schlüsselzuweisungen, die Landeszuweisungen und die Kreisumlage deutlich höher ausfallen, als im letzten Jahr.

Die Verwaltung war mit ihren Ergänzungen zum Haushaltsansatz 2024 nicht ganz so moderat wie die Politik.

Hier fielen der IPG vor allen die zusätzlichen Änderungen im Stellenplan auf, die dazu führen, dass die Steigerung der Personalkosten - ohne Berücksichtigung der Rückstellungen - um 5.2Mio Euro zu den Planwerten des Haushaltsjahres 2023 auf 56,1Mio € ansteigen.

Auch wenn hier die Tariferhöhungen, die Inflationsausgleiche und die Besoldungserhöhungen stark zu Buche schlagen, sollen weitere Mittel für zusätzliches Personal ausgegeben werden. Diese Stellenvermehrung ist genau zu betrachten, um zu vermeiden, dass die Personaldecke erhöht wird um die Verwaltung zu verwalten.

By the way – kleine Anekdote am Rand: der Anglizismus hat sich in der Graftschaft nun auch schon soweit ausgebreitet, dass der Landkreis Stellenausschreibungen für „Case-Manager“ ausschreibt, weil ihm die Sachbearbeiter ausgehen.....

Ich denke hier sollten wir weiterhin in unserer Muttersprach verbleiben. Außerdem ist die Anzahl von arbeitssuchenden Engländern in der Graftschaft überschaubar.

Auch in diesem Jahr war die Schulsozialarbeit an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises für die IPG ein Thema. Hier freuen wir uns natürlich besonders darüber, dass die Landesregierung nun endlich einmal zu ihrem Wort steht und die befristete Stelle am Gymnasium Nordhorn entfristet hat und diese nun auch finanziert. Hier nehme ich für die IPG in Anspruch, dass unser Schreiben an die niedersächsische Kultusministerin nicht geschadet hat.



Der Antrag der SPD in diesem Haushalt, die halbe Stelle am Gymnasium in Bad Bentheim mit Mitteln des Landkreises aufzustocken, wurde in bewährter Manier und Begründung von der Gruppe CDU/Grüne abgelehnt.

Ein weiteres Thema, dass der IPG schon seit Jahren am Herzen liegt, sollte nun wieder mehr in den Fokus unserer Entscheidungen rücken.

Wir haben den Antrag gestellt, dass sich der Kreistag im nächsten Jahr intensiv mit der derzeitigen Situation der Ärzteversorgung in der Grafschaft und im Besonderen mit der Situation der Euregioklinik auseinandersetzen soll.

Hier sind wir der Meinung, dass die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung im Landkreis ein ganz wichtiger Punkt der Daseinsvorsorge ist: Und wir stellen uns die Frage, wie sich die Euregioklinik, vor dem Hintergrund der sich doch sehr konkret abzeichnenden Krankenhausreform, in den nächsten Jahren aufstellen will. Der Landkreis als Mitgesellschafter der Euregioklinik hat hier eine wichtige Kontrollfunktion zu erfüllen.

Noch ein weiteres Themenfeld, auf das die Kreispolitik ihr Augenmerk lenken sollte, ist nach Meinung der IPG die soziale Situation in der Grafschaft.

Trotz höherer Einnahmen plant der Landkreis mit einer Neuverschuldung von 9,2 Mio. Euro. Neben den bedenklich hohen Personalkosten sind es die stetig steigenden Aufwendungen für Sozialleistungen, die den Haushalt mehr und mehr belasten.

So fehlt das Geld für Investitionen in die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund muss sich die Kreispolitik fragen, ob diese Entwicklung unvermeidbar ist oder ob durch aktives politisches Handeln diese Entwicklung gestoppt werden kann.

Hier lohnt sich ein Blick in den Statistikeil des Sozialberichtes 2023 des Landes Niedersachsen: Hier nur ein Auszug:

Das verfügbare Einkommen je Bewohner bzw. Bewohnerin lag in unserem Landkreis zwischen 21 und 22.000 € per Anno - und somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und auch unter dem niedersächsischen Landesdurchschnitt.

Von allen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen liegt der Anteil von Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren bei uns in der Grafschaft bei 82 %. Das ist ein landesweiter Spitzenwert.

Im Jahr 2021 waren im Landkreis 13,5 % der Beschäftigten marginal entlohnt, d.h. geringfügig beschäftigt oder in einem 1 Euro Job. Das ist ein Spitzenwert in Niedersachsen.

Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss lagen wir im Landkreis 13,4 % unter dem Landesdurchschnitt.



Im Landkreis hatte am 31.12.2020 ein Anteil von unter 8 % der 14 bis 16jährigen Abgänger und Abgängerinnen allgemeinbildender Schulen keinen Hauptschulabschluss. Auch dieser Wert liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Es handelt sich hier nur um einen Auszug aus dem umfangreichen Bericht. Aber alleine diese Punkte zeigen, wo die Risiken für die Inanspruchnahme zukünftiger Sozialleistungen liegen.

Schulabgänger ohne Abschluss sind die potentiellen Bürgergeldempfänger von morgen. Was können wir tun, um diese Quote zu senken?

Wir setzen beim Berufsschul-Campus viel Geld ein, um die berufliche Bildung attraktiv zu machen. - Gut so!

Aber was machen wir, um Jugendliche ohne Abschluss in eine Ausbildung zu bekommen?

Der hohe Anteil von Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, führt z.Bsp. im Falle von Ehescheidungen dazu, dass diese sehr schnell im Bezug von Sozialleistungen landen. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Die immer größere Inanspruchnahme von Tafel und Brotkorb ist ein Indiz für eine schlechte Entwicklung.

Die Initiative Pro Graftschaft regt an, dass sich die Kreispolitik mit diesem Themengebiet intensiver auseinandersetzt und wird Anfang des Jahres den Antrag stellen, hierzu eine Klausurtagung vorzubereiten.

Ganz ohne Eissporthalle kann ich meine Haushaltsrede auch in diesem Jahr nicht vollenden. Wir haben uns nun schon über so viele Jahre hinweg mit diesem Thema herumgeärgert, dass ich es einfach nicht lassen kann.

Nachdem der Bürgermeister der Stadt Nordhorn sich nun endlich auch einmal öffentlich positioniert und das Thema Eissporthalle wieder etwas auf die Sachebene gehoben hat, ist der Landkreis bereit, vor einem Abriss erst einmal diejenigen zu fragen, die sich mit so etwas auskennen könnten.

Wir hoffen, dass dieses Interessenbekundungsverfahren, das auf Initiative der Stadt Nordhorn ausgerufen worden ist, dazu beiträgt, dass die im Haushalt 2024 für die Nachfolgenutzung der Eissporthalle veranschlagten 500.000 Euro nicht für einen Abriss genutzt werden müssen, da die tatsächlichen Abrisskosten dann wahrscheinlich ein weiteres Loch in die Haushaltskasse sprengen würden.

Hier warten wir einfach einmal den Mai 2024 ab.

Bis dahin wird die Halle schon nicht eingebrochen sein.



Zum Ende hin möchte auch ich noch auf die Krisen dieser Welt Bezug nehmen. Diese Krisen, sei es die Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, die Gräueltaten in Palästina, und, und, und, haben Auswirkungen - auch auf unser Handeln in der Graftschaft. Aber wir sollten hier nicht zu viel Energie in Dinge investieren, die wir eh nicht verändern können. Wir müssen uns der Probleme bewusst sein und unsere Meinung, unseren Standpunkt an „höherer Stelle“ dazu kundtuen – aber mehr ist auch nicht möglich.

Kümmern wir uns lieber um die Probleme, die wir vor Ort anpacken und auch lösen können.

Eine Resolution zum Angriff auf Israel ist halt nur ein Statement, das wir als Landkreis setzen können.

Nicht mehr und nicht weniger.

Allerdings ist eine Positionierung in einem 40 Jahre währenden Krieg, indem nicht mehr klar ersichtlich ist, wer ihn wann angefangen hat und wer ihn wann hätte beenden können, sehr schwierig.

Verstehen Sie mich hier nicht falsch – wir tragen diese Resolution vollumfänglich mit. Aber mir ist auch bewusst: Es ist nur ein Stück Papier das schlussendlich in einer Schublade landet.

Abschließend möchte ich mich, wie in jedem Jahr, im Namen der IPG bei allen Mitarbeitern der Finanzabteilung des Landkreises für die umfassende Arbeit zum heutigen Haushaltsentwurf herzlich bedanken.

Namentlich bei Frau Voß und ganz besonders natürlich auch bei Herrn Wilbers, der uns in diesem Jahr seinen letzten Haushaltsentwurf für den Landkreis präsentiert hat.

Er hat uns in den letzten Jahren mit seinem Team durch finanzielle Höhen und Tiefen geleitet und dieses, doch recht trockene Thema, mit seiner ruhigen, kompetenten und freundlichen Art immer anschaulich präsentiert.

Er hat wieder einmal einen soliden Haushaltsplan aufgestellt und diesen den Kreistagsmitgliedern in bewährter Weise vorgestellt.

In meinen Dank möchte ich hier natürlich auch die gesamte Belegschaft der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit mit einbeziehen.

Danke für ihren Einsatz.

Dem Haushalt 2024 können wir deshalb in Gänze zustimmen, auch wenn wir nicht allen Punkten unsere Zustimmung gegeben haben.

Ihnen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Uwe Heiduczek

Nordhorn, den 07.12.2023

Fraktionsvorsitzender IPG